

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 101. Ratssitzung vom 1. Juli 2020

2680. 2020/270

Weisung vom 24.06.2020:

Human Resources Management, Corona-Krise und Jugendarbeitslosigkeit, optimaler Berufseinstieg für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, befristeter Ausbau des Berufserfahrungsjahres 2020/21 um 20 Vollzeitstellen, Nachtragskredit

Der Stadtrat beantragt unter Ausschluss des Referendums und zur sofortigen materiellen Behandlung:

1. Für den Ausbau um 20 befristete Vollzeitstellen für den Jahrgang 2020/21 wird im Budget 2020 die Erhöhung folgender Budgetpositionen bewilligt:

Budgetposition	Budget 2020 Bewilligt	Erhöhung	Budget 2020 neu
Konto (2052) 30xx xx xxx Personalaufwand:	(1 641 600)		(2 044 700)
3010 00 000 Löhne Verwaltung	1 505 000	356 400	1 861 400
3010 00 900 Erst. Lohn V/BP	-50 000	-12 900	-62 900
3042 00 000 Verpflegungszulagen	10 000	2 500	12 500
3049 00 000 Übrige Zulagen	15 000	2 500	17 500
3050 00 000 AGB AHV/IVEO	93 700	22 100	115 800
3052 00 000 AGB PK	40 000	5 500	45 500
3053 00 000 Unfall Pers. Haftpfl.	4 400	1 000	5 400
3054 00 000 AGB FAK	18 000	4 300	22 300
3090 00 000 Aus-/Weiterb. Pers.	5 500	-	5 500
Konto (2052) 31xx xx xxx Sach-/übriger Betriebsaufwand	1 900	-	1 900
Konto (2052) 39xx xx xxx Interne Verrechnungen	14 000	-	14 000
Total	1 657 500	381 400	2 060 600

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat die in Kapitel 5 der Erwägungen aufgewiesenen und auf das Jahr 2021 entfallenden Mehrkosten mit dem Budget 2021 ordentlich beantragen wird.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir wollen auf das nächste Ausbildungsjahr – also nach dem Abgang unserer Lernenden, die jetzt ihren Abschluss machten – die bestehenden 30 Plätze für ein Berufserfahrungsjahr auf 50 Plätze ausbauen. Für das Gehalt der jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die entsprechenden Mittel notwendig. Das Berufserfahrungsjahr ist eine Erfolgsgeschichte. Den meisten gelingt es, im Laufe des Jahres eine*

Nachfolgestelle zu finden. In der aktuellen Phase kann die Stadt mit einem Ausbau einen Beitrag leisten, damit weitere junge Leute die Chance erhalten, zwischen dem Ende der Lehre und einer weiterführenden definitiven Berufskarriere Erfahrungen zu sammeln.

Martin Götzl (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats: *Ausserordentliche Situationen brauchen ausserordentliche Massnahmen. Auch für uns war klar, dass wir heute keine Möglichkeiten haben, die Vorlage nicht dringlich zu behandeln. Denn es handelt sich um junge Leute, die im Ungewissen stehen. Nun ist es trotzdem so, dass die SVP-Fraktion gezwungen ist, das Geschäft insbesondere aus formalen Gründen abzulehnen. Der Stadtrat verabschiedete die Weisung am 24. Juni. Einige von uns sehen sie heute zum ersten Mal, andere sahen sie vor drei Tagen. Wir konnten uns lediglich unter grossem Zeitdruck minimal damit auseinandersetzen; ein parlamentarischer Prozess war nicht möglich. Wir sind der Meinung, dass diese Weisung zweifelsohne eine oder zwei Wochen mehr Zeit gehabt und in einer Spezialkommission hätte beraten werden können. So wäre beispielsweise eine inhaltliche Auseinandersetzung in einem vernünftigen Mass während der Doppelsitzung vom 8. Juli möglich gewesen. Es handelt sich um einen Schnellschuss und um eine gewisse Aushebelung eines parlamentarischen und inhaltlich sauberen Prozesses. Das veranlasste uns in der Fraktion mehrheitlich dazu, die Weisung abzulehnen. Für uns ist zentral, dass wir in diesen schwierigen Zeiten und mit 23 000 Mitarbeitenden eine Stellenneutralität anpeilen müssen. Im Budget für dieses Jahr wurden 46 neue Stellen budgetiert und legitimiert. Dass 20 zusätzliche junge Leute aufgenommen werden, wäre gut möglich. Doch dann muss auch beachtet werden, dass nicht zusätzliche Stellen geschaffen werden, sondern eine Stellenneutralität behalten wird. Mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung wäre das möglich gewesen und die SVP hätte das unterstützt. Die Stadt Zürich hat 1250 Lernende und nur ein sehr kleiner Teil davon kommt zu diesem Handkuss. Wir sind der Auffassung, dass es wie in der Privatwirtschaft sein sollte: Wenn ein junger Mensch eine zwei-, drei- oder vierjährige Lehre absolviert, führt der Lehrbetrieb mit dem Lernenden ein Jahr vor dem Abschluss ein Gespräch, in dem festgehalten wird, ob der Lernende im Betrieb bleiben kann. Das geschah in der Stadt offensichtlich nicht und offensichtlich musste diese Weisung im Schnellverfahren ausgearbeitet werden. Das bedauern wir, da wir einen inhaltlichen Prozess bevorzugt hätten. Obwohl die Situation sehr speziell ist und die jungen Leute wichtig sind, müssen wir die Weisung aufgrund der formalen Gründe bedauerlicherweise ablehnen. Wir bitten den Stadtrat, dass er insbesondere auch das Gewerbe unterstützt, – in dem es sehr viele Berufslernende gibt – und auf Vorschriften verzichtet. Die SVP hat es bereits vor zwei Monaten gesagt: Es befinden sich derzeit über zwei Millionen Menschen in Kurzarbeit. Wie viele in den nächsten Wochen und Monaten noch hinzukommen ist ungewiss. Wir haben den Aufruf ans Gewerbe gemacht, dass sie ihre Leute behalten und ihnen einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen sollen.*

Weitere Wortmeldung:

Vera Ziswiler (SP): *Ich bin über das vorangegangene Votum irritiert. Die formaljuristische Begründung, dass die Weisung auch nächste Woche hätte behandelt werden können, mag vielleicht sogar berechtigt sein. Es geht hier jedoch um junge Leute, die ihren*

3 / 4

Lehrabschluss machen. Es mag auch sein, dass die Stadt das früher hätte klären können. Vielleicht war man jedoch der Ansicht, dass diese Lernenden eine Stelle finden können – und jetzt kam es aufgrund der Situation, die seit dem März herrscht, anders. Für viele Betriebe ist diese Situation schwierig und viele können die Lernenden aus verschiedensten Gründen derzeit nicht anstellen. Ich finde diese formaljuristische Erklärung schwierig. Die Jugendlichen haben es nicht verdient, dass ihnen Steine in den Weg gelegt werden. Wie Martin Götzl (SVP) arbeite ich jeden Tag mit Jugendlichen. Es besteht momentan die Situation, dass bei vielen KMU und auch in grösseren Betrieben, die Jugendlichen nicht bleiben können. Ich bin um jeden Betrieb froh, der eine Lösung für auch nur wenige Monate bereithält. Ich bin ebenfalls sehr froh, dass sich die Stadt für diese Massnahme entschieden hat und wir sie unbürokratisch über die Bühne bringen können – im Namen der betroffenen Jugendlichen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich habe Verständnis dafür, dass nicht gerne gesehen wird, wenn ein Beschluss so kurzfristig behandelt wird. Ich signalisierte dem Büro, dass eine Beratung auch nächste Woche möglich gewesen wäre. Für eine Kommissionsberatung bleibt jedoch keine Zeit. Die HRZ-Mitarbeitenden arbeiteten intensiv an der Vorlage, die vor den Sommerferien erledigt werden muss. Wir schaffen keine Dauerstellen. Es handelt sich um einen einmaligen Kredit für das kommende Jahr. Falls wir eine Weiterführung wünschen, was nicht ausgeschlossen ist, würden wir eine separate Vorlage vorlegen. Ich wehre mich gegen die Aussage, dass die Stadt nicht mit ihren Lehrlingen spricht. Wir übernehmen viele Lehrlinge; hier geht es jedoch um die, die am Ende des Entscheidungsprozesses am meisten Mühe haben. Das ist auch in der Privatwirtschaft so. Die einen finden sehr schnell eine Stelle, die anderen brauchen mehr Zeit. Wir schaffen für die, die Mühe haben, eine Anschlusslösung.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 97 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Ausbau um 20 befristete Vollzeitstellen für den Jahrgang 2020/21 wird im Budget 2020 die Erhöhung folgender Budgetpositionen bewilligt:



Budgetposition	Budget 2020 Bewilligt	Erhöhung	Budget 2020 neu
Konto (2052) 30xx xx xxx Personalaufwand:	(1 641 600)		(2 044 700)
3010 00 000 Löhne Verwaltung	1 505 000	356 400	1 861 400
3010 00 900 Erst. Lohn V/BP	-50 000	-12 900	-62 900
3042 00 000 Verpflegungszulagen	10 000	2 500	12 500
3049 00 000 Übrige Zulagen	15 000	2 500	17 500
3050 00 000 AGB AHV/IVEO	93 700	22 100	115 800
3052 00 000 AGB PK	40 000	5 500	45 500
3053 00 000 Unfall Pers. Haftpfl.	4 400	1 000	5 400
3054 00 000 AGB FAK	18 000	4 300	22 300
3090 00 000 Aus-/Weiterb. Pers.	5 500	-	5 500
Konto (2052) 31xx xx xxx Sach-/übriger Betriebsaufwand	1 900	-	1 900
Konto (2052) 39xx xx xxx Interne Verrechnungen	14 000	-	14 000
Total	1 657 500	381 400	2 060 600

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat die in Kapitel 5 der Erwägungen aufgewiesenen und auf das Jahr 2021 entfallenden Mehrkosten mit dem Budget 2021 ordentlich beantragen wird.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Juli 2020 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat